

GENESE UND SCHEITERN DES DEUTSCHEN CCS- GESETZGEBUNGSVERFAHRENS (2008-2009)

Ines Heisterkamp

Zusammenfassung

Das Thema 'CO₂-Abscheidung und -Speicherung' (CCS) rückte durch die Verabschiedung der CCS-Richtlinie der EU im Dezember 2008 auf die nationale politische Agenda, denn jeder Mitgliedsstaat musste demnach ein nationales CCS-Gesetz erlassen. Die Bundesregierung wollte in der EU Vorreiter sein und als einer der ersten ein CCS-Gesetz verabschieden. Dieses Hintergrundpapier beschreibt die einzelnen Schritte hin zum Gesetzesentwurf bis zu dessen Scheitern im Sommer 2009.

Impressum

Autor:

Ines Heisterkamp

Redaktion:

Manfred Treber, Anne Koch und Gerold Kier

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Schiffbauerdamm 15

D-10117 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

April 2010

Bestellnr.: 10-2-18

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/klima/ccs-deu10.pdf

Dieses Projekt wurde gefördert von:



**Umwelt
Bundes
Amt**
Für Mensch und Umwelt

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den AutorInnen.

GENESE UND SCHEITERN DES DEUTSCHEN CCS- GESETZGEBUNGSVERFAHRENS (2008-2009)

Ines Heisterkamp

Inhalt

	Vorwort	5
1	CCS auf europäischer Ebene.....	6
2	Vorgehen der Bundesregierung im CCS-Gesetzgebungsverfahren.....	6
3	Kritiker und Gegner des CCS-Gesetzes	9
3.1	Sachverständige	9
3.2	Umweltorganisationen.....	10
3.3	Bürgerinitiative.....	11
3.4	Politische Parteien	12
4	Fazit	16
5	Chronologie zu Genese und Scheitern des CCS-Gesetzes.....	17
6	Literatur zur Chronologie	20

Vorwort

Das Thema CCS (‘CO₂ Capture and Storage’: CO₂-Abtrennung und -Speicherung), über das Germanwatch erstmals im April 2004 ein ausführliches Diskussionspapier erstellt hat (vgl. www.germanwatch.org/rio/ccs04.htm), ist in Deutschland vor allem im Zusammenhang mit dem Thema Kohle und Kohleverstromung, also mit der hochpolitischen Frage nach der Zukunft der Kohle, verknüpft.

In weniger kontroversen Diskussionen unter Klimaschützern im Kontext der 2-Grad-Erwärmungsbegrenzung hat CCS vor allem eine Rolle bei der Minderung von industriellen Prozessemissionen (etwa aus den Bereichen Zement- und Düngemittelherstellung oder Stahlproduktion) sowie langfristig mit der Möglichkeit, durch die mit CCS kombinierte Biomasseverbrennung ‚negative Emissionen‘ zur Geltung zu bringen, das heißt CO₂ der Atmosphäre zu entziehen.

International hat der CCS-Sonderbericht des Weltklimarats IPCC von 2005 eine erste wegweisende Bewertung zur Beurteilung dieser Technologie formuliert. Und von vielen politischen Seiten wird ihre Entwicklung als notwendige Voraussetzung dafür gesehen, weltweit die Erwärmung auf unter zwei Grad gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen. Dementsprechend wurde innerhalb der Europäischen Union Druck aufgebaut, um im Bereich CCS-Technologieentwicklung und -Anwendung voranzukommen. Dies resultierte in der Ende 2008 verabschiedeten CCS-Richtlinie der EU. Sie muss von den Mitgliedsstaaten bis Juni 2011 in nationale Gesetze umgesetzt werden.

Die deutsche Bundesregierung, welche die Wahl im September 2009 vor Augen hatte, wollte das deutsche CCS-Gesetz noch in der zu Ende gehenden Wahlperiode verabschieden. Dies führte dazu, dass der Gesetzgebungsprozess im Jahr 2009 unter beträchtlichem Zeitdruck vorangetrieben wurde.

Die von Regierungsseite anfänglich positive Bewertung schwenkte in Schleswig-Holstein im Frühjahr 2009 allerdings um. Die Akzeptanz war vor Ort, wo konkrete CCS-Anlagen errichtet werden sollten, rapide gesunken.

Doch auch durch Entwicklungen im Ausland ernüchterte sich die Wahrnehmung zur Umsetzung von CCS. Selbst in Norwegen, das weltweit eine Führungsrolle hinsichtlich der Entwicklung und Umsetzung von CCS-Techniken einnimmt, verzögern sich lange angekündigte CCS-Vorhaben. So gab der norwegische Öl- und Industrieminister Anfang Mai 2010 bekannt, dass die CCS-Anlage in Mongstad (ein Gas-Kraftwerk) – vor allem aus finanziellen Gründen - erneut um mehrere Jahre verschoben würde.

Hinzu kam für die Beurteilung in Deutschland, dass der Sachverhalt, inwiefern das Stromnetz mit bestehenden CCS-Kraftwerken mit einem Ausbau in Richtung 100 % Erneuerbaren kompatibel ist, einer erneuten Abwägung unterzogen wurde.

Die NRO-Position zu CCS ist fernab von einheitlich, weshalb es sich anbot, einen internen Stakeholder-Workshop mit NRO-Vertretern zu organisieren, um die gemeinsamen und unterschiedlichen Sichtweisen zu Thema CCS zu erörtern. Für diesen Workshop wurde dieses vorbereitende Hintergrundpapier erstellt, das die Genese und das Scheitern des deutschen CCS-Gesetzgebungsverfahrens nachzeichnet.

1 CCS auf europäischer Ebene

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten stellten im März 2007 die Weichen für eine integrierte Energie- und Klimastrategie und verpflichteten sich ihre CO₂-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990 um mindestens 20% zu verringern. Um dieses Ziel zu erreichen, sollte auch die noch nicht marktreife Abscheidung und Speicherung von CO₂ zum Einsatz kommen. Die EU spricht sich daher für den Bau von 12 CCS-Demonstrationsprojekten bis 2015 aus, damit CCS möglichst bis 2020 zur Einsatzreife gebracht wird.¹ Für die Finanzierung dieser CCS-Projekte stellt die EU 300 Mio. Zertifikate aus der Neuanlagenreserve der novellierten Emissionshandelsrichtlinie zur Verfügung, die bis zum 31. Dezember 2015 an entsprechende Projekte abgegeben werden.² Im Dezember 2008 verabschiedete das Europäische Parlament dann die CCS-Richtlinie und legte somit erstmals einen konkreten rechtlichen Rahmen für die CCS-Technologie vor. Die EU erklärte mit der CCS-Förderung und der CCS-Richtlinie ausdrücklich die Entwicklung und Etablierung von CCS zu ihrem Ziel und setzt auf die großtechnische Umsetzung dieser Technologie als CO₂-Minderungsoption.

2 Vorgehen der Bundesregierung im CCS-Gesetzgebungsverfahren

Die Bundesregierung der Legislaturperiode 2005-2009 unterstützte die Zielsetzung der EU. So steht im Bericht „Entwicklungsstand und Perspektiven von CCS-Technologien in Deutschland“, der in Zusammenarbeit des BMWi, BMU und BMBF im September 2007 entstand: „CCS ist eine neue Klimaschutztechnologie, die in das Portfolio der CO₂-Minderungs- und Energietechniken aufzunehmen ist. Dabei sind allerdings hohe Anforderungen an die langfristige Sicherheit und Dichtheit der Speicherstätten einzuhalten. Insbesondere vor dem Hintergrund der in Deutschland und weltweit noch existierenden weit reichenden Kohlevorkommen ist es wichtig, eine Technologie, die die Nutzung von Kohle mit den Erfordernissen des Klimaschutzes vereinbar macht, voranzutreiben. Die Bundesregierung strebt daher eine „No-Regret-Strategie“ für CCS an, welche die Potenziale der CCS-Technologien voll entwickelt und gleichzeitig alle bereits heute verfügbaren technischen Möglichkeiten zur Verringerung der CO₂-Emissionen realisiert. Ziel der Bundesregierung ist es, durch geeignete Rahmenbedingungen und die Förderung von FuE die Entwicklung und Erprobung der CCS-Technologien inklusive der sicheren CO₂-Speicherung bis 2020 zur Marktreife zu bringen.“³

Die Bundesregierung sah daher in ihrem CCS-Maßnahmenkatalog eine schnelle nationale CCS-Gesetzgebung und den Bau von 3 CCS-Demonstrationsanlagen vor, um die CCS-Technologie möglichst schnell voranzutreiben. Um Aussicht auf die EU-Fördergelder für die CCS-Projekte zu haben, sollte noch vor der Bundestagswahl 2009 ein nationales Ge-

¹ <http://ec.europa.eu/environment/climat/ccs/>

² <http://www.euractiv.com/en/climate-change/carbon-capture-storage/article-157806>

setz zur Regelung von CCS erlassen werden. Ein erster CCS-Gesetzentwurf kam allerdings nicht von der Bundesregierung, sondern wurde von Vertretern der Energieunternehmen Alstom, Babcock Borsig, EnBW, Eon, RWE und Vattenfall noch vor dem Erlass der EU-Richtlinie vorgelegt.⁴ Vier Monate später lag dann ein gemeinsam vom BMWi und BMU erarbeiteter CCS-Gesetzentwurf vor.⁵ Nur wenige Tage später wurden Wirtschafts- und Umweltverbände zu einem Verbändegespräch zum CCS-Gesetzentwurf eingeladen. Dieses entpuppte sich laut Aussagen mehrerer Umweltverbände doch eher als Anhörung denn als Gespräch. Die Bundesregierung hat die volle Unterstützung der Wirtschaft, stößt aber bei einigen Umweltverbänden wie Greenpeace und dem BUND auf Skepsis und Ablehnung⁶. Diese weisen auf Lücken im Gesetzentwurf hin und mahnen die übergroße Eile im Gesetzgebungsverfahren an. Andere Umweltverbände wie der WWF und Germanwatch hingegen sehen die schnelle Erprobung von CCS und den dafür notwendigen Bau der Demonstrationsanlagen für erforderlich und begrüßen daher, dass die Bundesregierung schnell einen Rechtsrahmen für die Entwicklung der Technologie schaffen möchte. Sie sehen CCS als mögliche Brückentechnologie, die auf dem erforderlichen Weg zur hundertprozentigen Versorgung mit Erneuerbaren Energieträgern genutzt werden muss, um die notwendigen Klimaziele zu erreichen.⁷ So wäre CCS z.B. wichtig in kohlereichen Schwellenländern, die ihren Kohlekraftwerkpark in naher Zukunft ausbauen werden, in Biomassekraftwerken als „CO₂-Nettosenke“ und bei der Vermeidung prozessbedingter Emissionen. Bis aber der Nachweis erbracht wurde, dass CCS sicher funktioniert und für alle Kraftwerke verbindlich vorgeschrieben ist, fordern WWF und Germanwatch ein Moratorium für den Bau neuer Kohlekraftwerke. Größte Kritikpunkte am Gesetzentwurf sind daher, dass er bislang nur den freiwilligen Einsatz von CCS vorsieht und dass ein unterirdischer Raumnutzungsplan fehlt, der dringend benötigt wird, um die begrenzten unterirdischen Lagerstätten auf die verschiedenen Optionen (CO₂-Speicherung, Geothermie, Druckluft- und Erdgasspeicher) aufzuteilen.

Das Bundeskabinett verabschiedete am 1. April 2009 einen ersten gemeinsamen Gesetzentwurf, der am 6. Mai vom Parlament in erster Lesung beraten wurde.⁸ Ende Mai fand dann eine öffentliche Anhörung zum CCS-Gesetz im Umweltausschuss des Bundestages mit durch die Fraktionen geladenen Sachverständigen statt.⁹ Die Experten äußerten sich mehrheitlich positiv zum geplanten CCS-Gesetz. So sahen z.B. Prof. Dr. Georg Erdmann von der TU Berlin und Dr. Felix C. Matthes vom Öko-Institut CCS als wichtige CO₂-Minderungsoption und hielten ein langfristig angelegtes Fachgesetz für richtig. Matthes wies zudem darauf hin, dass CCS nahezu die einzige Option sei um prozessbedingte CO₂-Emissionen aus energieintensiven Betrieben wie z.B. Stahlwerken und Zementfabriken zu senken. Prof. Dr.-Ing. Martin Faulstich vom Sachverständigenrat für Umweltfragen und Rainer Baake von der Deutschen Umwelthilfe hingegen plädierten für ein Demonstrati-

³ http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/kabinettbericht_ccs.pdf

⁴ http://www.cluster-energietechnik.de/portal/energietechnik_news_detail,,108824,143423,detail.html

⁵ <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=290508.html>

⁶ Greenpeace Stellungnahme zum CCS-Gesetzentwurf (3.3.2009)

BUND Stellungnahme zum CCS-Gesetzentwurf (3.3.2009)

⁷ <http://www.germanwatch.org/kliko/k60ccs.htm>

http://www.wwf.de/presse/details/news/eine_option_fuer_den_klimaschutz/

⁸ http://www.bmu.de/pressearchiv/16_legislaturperiode/pm/43946.php

⁹ http://www.bundestag.de/presse/hib/2009_05/2009_146/01.html

onsanlagengesetz, da noch zu viele Fragen hinsichtlich der großtechnischen Realisierbarkeit von CCS offen sind.¹⁰

Die Koalition aus Union und SPD einigte sich schließlich nach teilweise sehr strittigen Debatten am 15.6.09 auf einen abschließenden Entwurf des CCS-Fachgesetzes, in dem auch Änderungswünsche der Länder eingegangen sind, und plante nur wenige Tage später diesen vom Bundestag verabschieden zu lassen.¹¹ Sie haben dabei allerdings nicht mit dem immer stärker werdenden Widerstand in der Bevölkerung gerechnet. Vor allem in Schleswig-Holstein, dessen Regionen Schafflund, Südtondern und mittleres Nordfriesland als Standort für die CO₂-Speicherung von der RWE Dea vorgesehen sind, schafften es die Bürger großen Druck auf die Politik auszuüben, vor allem auch im Hinblick auf die bald anstehende Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Ministerpräsident Harry Carstensen (CDU) kündigte schließlich am 16.6.2009 an, dass er dem CCS-Gesetz im Bundesrat nicht zustimmen werde, da er massive Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung sieht und der CCS-Gesetzentwurf daher zurückgezogen werden sollte.¹² Kritisch äußerte sich ebenfalls am selben Tag der CSU-Landesgruppenvorsitzende Peter Ramsauer und gab zu bedenken, dass das CCS-Gesetz in der jetzigen Fassung Eigentumsrechte gefährde. Bundeskanzlerin Merkel kündigte kurz darauf Zweifel an, ob das Gesetz tatsächlich noch vor der Bundestagswahl verabschiedet werden kann. Am 24.6.2009 brachen schließlich CDU und CSU die Beratungen über das CCS-Gesetz ab und nahmen den Gesetzentwurf von der Tagesordnung des Bundestages. Damit konnte das CCS-Gesetz nicht mehr vor Ende der Legislaturperiode verabschiedet werden und war vorläufig gescheitert.¹³

¹⁰ http://www2.wodarg.de/uploads/protokoll_zur_oeffentlichen_anhoerung_zu_ccs.pdf
http://www.bundestag.de/presse/hib/2009_05/2009_153/04.html

¹¹ <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,630606,00.html>

¹² http://www.schleswig-holstein.de/ArchivSH/PI/STK/2009/MP/090616__stk__mp__ccs__gesetz.html

¹³ <http://www.sueddeutsche.de/wissen/719/473236/text/>

3 Kritiker und Gegner des CCS-Gesetzes

In Politik, Umweltorganisationen, Wissenschaft und Öffentlichkeit gehen die Meinungen zu CCS weit auseinander. Sie reichen von klarer Befürwortung, über "CCS ist ein notwendiges Übel zum Erreichen der Klimaschutzziele", bis hin zur Ansicht, CCS sei nur ein Legitimationsbeschaffer für den Bau neuer Kohlekraftwerke. Im Folgenden werden Positionen von Kritikern und Gegnern des CCS-Gesetzes genannt, die letztendlich dafür sorgten, dass das Gesetz in der vergangenen Legislaturperiode scheiterte.

3.1 Sachverständige

Der **Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU)** steht dem bisherigen CCS-Gesetzentwurf kritisch gegenüber, lehnt aber die CCS-Technologie nicht ab, wie SRU-Vorsitzender Martin Faulstich bei der Anhörung im Umweltausschuss betonte.¹⁴ Es ginge dem Gremium um hochwertige Forschung und Entwicklung zu CCS. Der gegenwärtige Kenntnisstand reiche aber nicht aus um Chancen und Risiken dieser Technologie abzuschätzen. Seiner Meinung nach ist es zu früh mit dem Gesetz bereits die großtechnische Anwendung der Technologie regeln zu wollen, da noch zu viele Fragen offen sind. So lautet es in der SRU-Stellungnahme vom Mai 2009: „Aufgrund der großen bestehenden Unsicherheiten kann ein CCS-Gesetz heute, und voraussichtlich auch in den kommenden Jahren, der Anforderung nicht gerecht werden, einen angemessenen Ordnungsrahmen für die kommerzielle Nutzung zu schaffen. [...] Insgesamt ist der Versuch, das CCS-Gesetz in wenigen Wochen vor der Sommerpause zu verabschieden, seiner gesellschaftlichen Relevanz nicht angemessen. Insbesondere werden die Augen vor zu erwartenden Konflikten im Hinblick auf Nutzungskonkurrenzen und Akzeptanzprobleme verschlossen.“ Um die noch offenen Fragen wie z.B. Deckungs- und Haftungsfragen, Speicherkapazität und Nutzungskonkurrenzen zu klären, plädiert der SRU für ein Forschungsgesetz, das die Erprobung von CCS in einer begrenzten Anzahl von Demonstrationsprojekten ermöglicht.¹⁵

Der an der Universität Flensburg tätige **Prof. Dr. Olav Hohmeyer**, früheres Mitglied im Bureau des UN-Weltklimarats und heutiges Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen, hält den Bau von neuen Kohlekraftwerken mit CCS nur für eine Verhinderungsstrategie. So betonte er z.B. auf einer Veranstaltung der Bürgerinitiative „Stoppt das CO₂-Endlager“, dass nur der 100% Ausbau von erneuerbaren Energien die richtige Pfadentscheidung für eine klimaverträgliche Stromversorgung sei und dass in diese künftige Energie-Landschaft Kohlekraftwerke mit CCS nicht passen würden, da sie nicht flexibel genug geschaltet werden können. Grundlastkraftwerke auch mit CCS seien somit keine Übergangstechnologie, sondern verhinderten die Lösung des Klimaproblems.¹⁶

¹⁴ http://www2.wodarg.de/uploads/protokoll_zur_oeffentlichen_anhoerung_zu_ccs.pdf

¹⁵ Stellungnahme des Sachverständigenrates für Umweltfragen zum CCS-Gesetz der Bundesregierung

¹⁶ <http://www.kein-co2-endlager.de/fakten-infos.html>

3.2 Umweltorganisationen

Greenpeace bezieht eine ausdrücklich ablehnende Position gegenüber dem CCS-Gesetzentwurf und kritisierte in der Stellungnahme vom 3.3.2009: „Wesentliche Teile des Gesetzes stammen aus der Feder von RWE und Vattenfall. [...] Durch ein einzigartiges, behördeninternes Mauschel-Verfahren zwischen dem BMWi und BMU blieben bei der Formulierung des Gesetzestextes fachwissenschaftliche Grundlagen auf der Strecke. [...] Der Gesetzentwurf bleibt in wesentlichen Passagen beliebig, unkonkret und unpräzise. [...] Alles in allem ist die Art und Weise, mit der in einem einzigartigen Eilverfahren in die großtechnische kommerzielle Verpressung und dauerhafte Ablagerung von CO₂ in den Untergrund Neuland betreten wird, einem demokratischen Rechtsstaat unwürdig. Der Transparenz des Gesetzgebungsverfahrens und die öffentliche Beteiligung im Genehmigungsverfahren kommt für die öffentliche Wahrnehmung der CCS-Technologien und der Glaubwürdigkeit staatlicher Akteure eine erhebliche Bedeutung zu.“¹⁷

Zudem lehnt Greenpeace die CCS-Technologie generell ab und bezeichnet CCS als gefährlichen politischen Irrweg, der nur als Rechtfertigung für neue Kohlekraftwerke benutzt werde. Die großtechnische Machbarkeit von CSS sei aufgrund der vielen ungeklärten Risiken noch fragwürdig und würde frühestens in 2030 erwartet werden. Dies sei aber zu spät um einen nennenswerten Beitrag zum Klimawandel zu leisten, da die Treibhausgasemissionen bereits ab 2015 drastisch sinken müssen um die schlimmsten Folgen des Klimawandels zu vermeiden, wie dem Greenpeace-Bericht „Falsche Hoffnung“ vom Mai 2008 zu entnehmen ist.¹⁸ Darin führt Greenpeace weiter aus, dass CCS durch den entstehenden 10–40%-Wirkungsgradverlust Energie vergeude und erhebliche Finanzmittel verschlinge, wodurch es zur Verdopplung der Kraftwerkskosten kommen könnte. Weiterer Kritikpunkt sind die Risiken, die Transport und Lagerung von CO₂ mit sich bringen. Eine sichere und dauerhafte unterirdische Lagerung von CO₂ könne nicht garantiert werden und mögliche Leckagen stellten eine Gefahr für Gesundheit, Ökosysteme und Klima dar. In diesem Zusammenhang mahnt Greenpeace auch die Unsicherheiten bei den Haftungsfragen an und hält es für unverhältnismäßig, dass die Industrie bereits nach nur 30 Jahren aus der Verantwortung für die CO₂-Lagerstätten entlassen wird. Insgesamt ist Greenpeace der Auffassung, dass CCS keine Option für den Klimaschutz sei, sondern nur den Ausbau der Erneuerbaren Energien bremse und so die notwendige Energiewende weg von Kohlekraftwerken verzögere.

Auch der **BUND** lehnt das CCS-Gesetz ab, da es seiner Meinung nach auf die spezifischen Gefahren und Risiken von CCS völlig unzureichend eingeht, und schreibt in seiner Stellungnahme: „Der BUND hält es für unverantwortlich, im Eilverfahren ein CCS-Gesetz zu verabschieden, das nicht auf folgenden Prinzipien beruht: absoluter Vorrang für die Sicherheit und die eindeutige Verantwortung und Haftung für die Technik muss beim Verursacher der CO₂-Emissionen liegen.“¹⁹ Das Gesetz diene den Interessen der großen Stromkonzerne, die CCS als „Feigenblatt“ für neue Kohlekraftwerke benutzen und die langfristigen Risiken auf den Staat bzw. die Länder abwälzen wollten. Der

¹⁷ Greenpeace Stellungnahme zum CCS-Gesetzentwurf (3.3.2009)

¹⁸ Greenpeace: Falsche Hoffnung (2008)

¹⁹ BUND Stellungnahme zum CCS-Gesetzentwurf (3.3.2009)

BUND verweist darauf, dass bislang kein Nachweis der großtechnischen Realisierbarkeit von CCS erbracht wurde, und wenn die Technologie dann doch frühestens 2020 auf den Markt kommen könnte, es zu spät wäre um die Klimaschutzziele zu erreichen. Außerdem passe CCS nicht zum Ausbau der Erneuerbaren Energien, da es in Nutzungskonkurrenz zu Geothermie, Druckluft und Gasspeichern stehe und Kohlekraftwerke mit einer aufwendigen Abscheidetechnik nicht als flexible Regelkraftwerke zur Ergänzung der erneuerbaren Energien taugen. Weiterhin argumentiert der BUND, dass die Gefahren der „CO₂-Endlagerung“ systematisch unterschätzt werden und mit geringen Leckageraten zu rechnen wäre, womit das CO₂ wieder in die Atmosphäre gelange. Ohnehin fehle die Akzeptanz in der Bevölkerung, da niemand risikoreiche Endlagerstätten und CO₂-Transportpipelines in seiner Nähe haben wolle. Zusammenfassend stellt der BUND fest: „Die CO₂-Abscheidung und –Speicherung bei fossilen Kraftwerken ist kein Lösungsweg für den Klimaschutz und eine nachhaltige Energieversorgung in Deutschland. Sie blockiert die schon heute dringend erforderliche Energiewende hin zu Energieeffizienz und erneuerbaren Energien. Sie kann auch nicht als „Brücke“ in ein Solares Zeitalter aufgefasst werden. Bessere und kostengünstigere Maßnahmen stehen heute schon bereit. Auf diese sollten wir uns heute konzentrieren.“²⁰

3.3 Bürgerinitiative

Der Energiekonzern RWE Dea und die Landesregierung Schleswig-Holsteins hatten bereits im März 2008 vereinbart, dass in den Kreisen Nordfriesland und Schleswig-Flensburg die Möglichkeiten der Einlagerung von CO₂ getestet werden soll. Falls die ab Spätsommer 2009 geplanten geologische Untersuchungen erfolgreich verlaufen, solle ab 2014 das von einem in Hürth bei Köln geplanten neuen RWE-Braunkohlekraftwerk abgechiedene CO₂ mit einer 530 km langen Pipeline bis nach Schleswig-Holstein transportiert werden und dort in den Untergrund verpresst werden. Diese Pläne riefen allerdings heftigen Widerstand in den betroffenen Regionen hervor. So gründete sich am 19. Mai 2009 die kreisübergreifende Bürgerinitiative „Stoppt das CO₂ Endlager“.²¹ Die Beweggründe für die breite Ablehnung vor Ort wurzeln vor allem in der Angst vor den Gefahren und Risiken, die eine bislang noch nicht ausreichend erforschte CO₂-Speicherung mit sich bringen könnte. So fürchten die Bürger die Gefahr des Gasaustritts von Lagerstätten und Pipelines, die ihren Vorstellungen zufolge zum Erstickungstod führen könnte, oder mögliche Evakuierungen von Gebieten zur Folge hätten. Außerdem sei es nicht auszuschließen, dass das CO₂ ins Grundwasser gelange und dabei salziges Wasser und darin gelöste Schwermetalle und organische Schadstoffe mittransportiere und somit das Grundwasser kontaminiere. Insgesamt befürchten die Bewohner, dass die unterirdische Lagerung von CO₂ einen Imageschaden für ihre Region bedeutet und der Tourismus sowie die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein darunter leiden. Wertverluste wären dann nicht auszuschließen. Weiterhin sehen die Bürger der direkt betroffenen Regionen ihre Eigentumsrechte gefährdet, da der CCS-Gesetzesentwurf die Etablierung eines neuen Enteignungsstatbestandes für CCS vorsieht. Die Befürchtungen der Bevölkerung konnten auch durch Expertenanhörungen wie z.B. in Husum am 3.6.2009 nicht vermindert werden, und die

²⁰ BUND Position CO₂ Abscheidung in fossilen Kraftwerken (Juli 2006)

²¹ <http://www.kein-co2-endlager.de/>

von den Bürgern als völlig unzureichend kritisierte Informationspolitik der RWE Dea förderte noch Wut und Ängste der Bevölkerung gegenüber dem CCS-Projekt.

Abgesehen von der Kritik an den noch nicht ausreichend erforschten Risiken einer, wie sie es nennen, ‚CO₂-Endlagerung‘ äußert die Bürgerinitiative auch Zweifel am Sinn von CCS, da diese Technologie den weiteren Ausbau des Kohlekraftwerkparcs bedeute und damit nicht die nachhaltige Umgestaltung der Energielandschaft fördere, sondern in Nutzungskonkurrenz mit den Erneuerbaren Energien stehe. So steht in der Petition der Bürgerinitiative „Wir wollen den nachfolgenden Generationen nicht die Bürde einer zu kurz gedachten Energiepolitik auferlegen und die anderweitige Nutzbarkeit dieser Gesteinsschichten z. B. für die Geothermie, Druckluftspeicherung und den Grundwasserschutz erhalten.“²²

Die Bürgerinitiative „Stoppt das CO₂ Endlager“ hält aus den oben genannten Gründen die von der RWE geplante zeitnahe Endlagerung von großen Mengen CO₂ für nicht vertretbar. Sie fordert daher: „1. Keine CO₂-Endlagerung unter bewohntem Gebiet. 2. Keine Erforschung der CO₂-Endlagerung unter bewohntem Gebiet. 3. Ablehnung des CCS-Gesetzentwurfes“²³.

Um diese Forderungen durchzusetzen führt die Bürgerinitiative Aufklärungs-, Presse und Lobbyarbeit mittels Poster, Flyer, Infostände, Newsletter und Internet-Forum durch. Sie findet breiten Zuspruch in der Bevölkerung und konnte über 50 000 Unterschriften in ihrer Petition sammeln. Die Informationsveranstaltungen wie z.B. in Enge-Sande am 3.6.2009 mit dem Klima- und Energieexperten Prof. Olav Hohmeyer waren sehr gut besucht und es schlossen sich immer mehr CCS-Gegner den Montags-Demonstrationen der Bürgerinitiative an.

Die Protestbewegung in Schleswig-Holstein breitet sich immer weiter aus und wird unter anderem unterstützt vom Bauernverband Schleswig-Holstein²⁴, den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden²⁵ und dem Südschleswigschen Wählerverband (SSW)²⁶. Zusammen schaffen sie es Druck auf die Landesregierung auszuüben, die schließlich bezüglich CCS einen Richtungswechsel vollzog und auf Bundesebene intervenierte, wodurch das CCS-Gesetz vorerst gestoppt wurde.

3.4 Politische Parteien

Die CDU/CSU auf Bundesebene steht der Entwicklung der CCS-Technologie positiv gegenüber und setzte sich daher zunächst für eine schnelle Gesetzgebung ein. Die geschlossene Befürwortung für den CCS-Gesetzentwurf schwand aber im Laufe der Verhandlungen. Als nach langem Ringen mit der SPD endlich ein laut Bundesumweltminister Sigmar Gabriel „abstimmungsfähiger“ Gesetzentwurf vorlag, der wenige Tage später im Bundestag verabschiedet werden sollte, wurden die kritischen Stimmen in der Union

²² Petition der Bürgerinitiative „Stoppt das CO₂-Endlager“

²³ Flyer der Bürgerinitiative „Stoppt das CO₂-Endlager“

²⁴ Bauernverband Schleswig-Holstein e.V. Pressemitteilung 10. Juni 2009

²⁵ Offener Brief der Bürgermeister des Amt Schafflund 15. Juni 2009

²⁶ http://ssw.de/pdf/CO2/ssw-themen-2009-co2_3.pdf

laut. CSU-Landesgruppen-Chef Peter Ramsauer kündigte überraschend Widerstand an und kritisierte die vorgesehenen Eingriffsrechte in das Eigentum Dritter. „Die CSU ist die Partei des Eigentums“, sagte Ramsauer und verwies auf die Kritik von Landwirten, für welche die CSU in letzter Zeit viel erreicht habe. „Wir reißen nicht mit dem CCS-Hintern ein, was wir zuvor mit dem Kopf aufgebaut haben.“²⁷ Fraktionschef Volker Kauder befürchtete Proteste der Bürger vor der Bundestagswahl und der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Peter Harry Carstensen vollzog aufgrund des massiven Widerstands in Nordfriesland eine Kehrtwende in seiner Haltung gegenüber dem CCS-Gesetz. Der ehemalige Befürworter betont nun: „Neue Technologie kann man nur erproben und anwenden, wenn es eine breite Akzeptanz dafür in der Bevölkerung gibt.“ Diese Akzeptanz sei in den für eine CCS-Erprobung infrage kommenden Regionen an der Westküste jedoch nicht erreicht worden. Schleswig-Holstein werde dem CCS-Gesetz nicht zustimmen, falls es zur Vorlage des Entwurfes im Bundesrat komme. Die Landesregierung wolle eine grundlegende Überarbeitung des Gesetzentwurfes.²⁸

Eine klare ablehnende Haltung gegenüber dem CCS-Gesetz und dem RWE-Dea-Projekt bezieht der **CDU-Kreisverband Nordfriesland** unter Leitung des CDU-Bundestagsabgeordnete Ingbert Liebing. So heißt es im Positionspapier: „Seit Bekanntwerden der konkreten Planung von RWE zur Erprobung der CCS-Technologie mit CO₂-Speicherung in Nordfriesland nehmen Ängste, Sorgen und Bedenken in der Bevölkerung zu. [...] Wir stellen fest, dass die „Kommunikationsstrategie“ von RWE restlos gescheitert ist. RWE hat Anträge an die Kreise und Ämter geschickt, eine vier Wochen-Frist für Stellungnahmen gesetzt und gleichzeitig erklärt, dass die angeforderten Stellungnahmen aber eigentlich überflüssig seien, da die beantragten seismischen Untersuchungen auch ohne örtliche Zustimmung vom Bergamt genehmigt und von RWE durchgeführt würden. [...] Wenn eine sachliche Diskussion über die Einführung einer neuen Technologie in Deutschland geführt werden soll, dann geht dies nicht unter dem Druck von Antragsfristen.“ Die nordfriesische CDU verlangt, es müsse „in einem nationalen CCS-Gesetz ein Höchstmaß an Sicherheit für mögliche künftige Speicherstätten – egal wo sie geplant sind – festgeschrieben werden.“ Da ihrer Auffassung nach der vorliegende Gesetzentwurf dem nicht gerecht wird, lehnt die CDU Nordfriesland ihn ab.

Ministerpräsident Carstensen und Bundesabgeordneter Liebing konnten schließlich die schleswig-holsteinischen Interessen in Berlin durchsetzen. Die Union brach die Verhandlungen ab und verhinderte so die Verabschiedung des Gesetzentwurfes vor der Bundestagswahl 2009. Eine Neuauflage wird aber für die nächste Legislaturperiode angestrebt.

Die **SPD** auf Bundesebene befürwortet die Erprobung der CCS-Technologie und das dafür notwendige CCS-Gesetz. "Kohlekraftwerke haben nur eine Zukunft, wenn sie weniger schädlich für das Klima werden. Die Technologie zur Abscheidung von Kohlendioxid könnte da eine Perspektive bieten" äußerte sich Bundesumweltminister Sigmar Gabriel in der 1. Lesung zum CCS-Gesetz.²⁹ Die Partei hätte für die Verabschiedung des CCS-Gesetzes im Bundestag gestimmt, wenn die CDU den Gesetzentwurf nicht von der

²⁷<http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC6C23161FE44/Doc~EBE3BDEB51DC44529BA45E6F7F6ADABE~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

²⁸ http://www.schleswig-holstein.de/ArchivSH/PI/STK/2009/MP/090616__stk__mp__ccs__gesetz.html

²⁹ http://www.bmu.de/pressearchiv/16_legislaturperiode/pm/43946.php

Tagesordnung genommen hätte. Entsprechend verärgert reagiert die SPD auf das Verhalten der Union. „Mit dem Scheitern des CCS-Gesetzes gefährdet die Union die Entwicklung und Erprobung dieser neuen Technologie anhand der Demonstrationsanlagen in Deutschland. Denn CCS könnte das Potenzial bergen, als Brückentechnologie einen wichtigen Beitrag für den Klimaschutz und auch für die Wirtschaft zu leisten.“³⁰

Anders sieht hingegen die schleswig-holsteinische SPD-Landtagsfraktion die Perspektive von CCS. Ihr energiepolitischer Sprecher Olaf Schulze sagte in seiner Landtagsrede vom Januar 2009: „Die SPD Schleswig-Holstein hat sich im Herbst letzten Jahres mit der CCS-Technologie befasst und nach eingehender Beratung das Fazit gezogen: Die CCS-Technologie ist insgesamt abzulehnen. [...] Die CCS-Technologie ist zu teuer, verschlechtert die Energieeffizienz und wird wenn überhaupt viel zu spät zum Einsatz kommen.“³¹ Der Landesvorsitzende der SPD Schleswig-Holstein Ralf Stegner äußerte sich in seiner Landtagsrede vom 17.06.2009 ebenfalls ablehnend: „Ich halte es für unverantwortlich, jetzt schon eine erst in 20 Jahren konkret einsetzbare Großtechnik festzuschreiben, nur um neue Kohlekraftwerke grün anstreichen zu können. [...] Wir wollen in Schleswig-Holstein und ganz Deutschland keine Kraftwerksdinosaurier mit oder ohne CCS-Technik, sondern setzen auf kleinere, dezentrale Kraftwerke.“³²

Wie die CDU und SPD ist auch die **FDP** in ihrer Haltung zu CCS gespalten. Auf Bundesebene stimmt sie klar für die Erprobung und Einsatz von CCS, während die Landtagsfraktion im direkt betroffenen Schleswig-Holstein sich auf die Seite der dortigen Bevölkerung schlägt und das Gesetz ablehnt. So forderte der Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion für Umweltplanung Horst Meierhofer: „Die Bundesregierung muss schnell ein Gesetz zur Schaffung der rechtlichen Grundlagen für die Einführung von CCS-Technologien schaffen, das Investitionen erleichtert, ein hohes Schutzniveau für Gesundheit und Umwelt festlegt und die europäische CCS-Richtlinie weitestgehend 1:1 umsetzt. [...] Da die zukünftigen Entwicklungspfade dieser vielversprechenden Technologie aber noch nicht abzuschätzen sind, muss der rechtliche Rahmen in jeder Hinsicht möglichst weitgehende Technologieoffenheit wahren.“³³ Der Stellvertretende Landesvorsitzende der FDP Schleswig-Holstein Heiner Garg hingegen meint: „Dieses Gesetz – würde es beschlossen – brächte für Schleswig-Holstein nur Nachteile. Darüber hinaus wird es in seiner jetzigen Fassung schlicht dafür sorgen, dass diese Technologie niemals die notwendige Akzeptanz in der Bevölkerung findet. Ein so sensibles Thema wie die CCS-Technologie ist nur in einem gesellschaftlichen Konsens zu erzielen.“³⁴

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatten von Anfang an Zweifel an der CCS-Technologie geäußert (z.B. Positionspapier „Energie 2.0 – Die Grünen Maßnahmen bis 2020“ (2007)) und stehen geschlossen der Technologie auch in 2009 weiterhin kritisch gegenüber. Im Europawahlprogramm 2009 setzt sich die Partei für ein Kohlekraftwerk-Moratorium ein und schreibt: „Die von der konventionellen Energiewirtschaft propagierte Technik der

³⁰ http://www.spdfraktion.de/cnt/rs/rs_dok/0,,46737,00.html

³¹ http://www.spd.ltsh.de/index.php?option=com_content&task=view&id=112&Itemid=123&pressid=3043

³² http://www.spd.ltsh.de/index.php?option=com_content&task=view&id=112&Itemid=123&pressid=3246

³³ http://www.fdp-fraktion.de/webcom/show_article.php/_c-1272/_nr-39/_p-1/i.html

³⁴ Presseinformation Nr. 192/2009 Kiel, Mittwoch, 17. Juni 2009

CO₂-Abscheidung und -Speicherung (CCS) ist ein ungedeckter Scheck. Es ist völlig offen, ob CCS sich als umweltverträglich, wirtschaftlich und langfristig sicher einsetzbar herausstellt. Vor 2020 wird die Technik nicht bereit stehen. Wer mit CCS heute den Bau schmutziger Kohlekraftwerke rechtfertigt, handelt unverantwortlich und suggeriert eine Lösung des Klimaproblems, ohne zu wissen, ob sie überhaupt funktioniert.³⁵

Noch deutlichere Ablehnung herrscht bei der schleswig-holsteinischen Grünen-Landtagsfraktion, deren energiepolitischer Sprecher Detlef Matthiessen am 28.1.2009 im Landtag meinte: „Wir haben viele Gründe gegen die CCS-Technik. - die CCS-Technologie ist technisch nicht ausgereift, - die Wirkungsgrade der Kraftwerke würden deutlich sinken, - CCS verteuert die Erzeugung von Strom und Wärme, - neue Kohlekraftwerke mit der CCS-Option verhindern die Energiewende hin zu den Erneuerbaren Energien, - CO₂-Senken für andere Verwendungszwecke werden verstopft, - neue Ewigkeitskosten der sicheren CO₂-Lagerung werden entstehen. Deshalb lehnen wir CCS ab. Saubere Kohle: Das ist eine dreckige Lüge!“³⁶ Die Landesvorsitzende Marlies Fritzen forderte daher die Landesregierung auf „unmissverständlich die Interessen des Landes und der BürgerInnen im Bundesrat zu vertreten und das CCS-Gesetz abzulehnen. Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass Nordfriesland und Schleswig-Flensburg nicht zum Treibhausklo der Nation werden.“³⁷

Die Kreisverbände der Grünen in den direkt betroffenen Regionen haben sich ebenfalls einstimmig gegen das CCS-Gesetz und die Umsetzung des RWE-Dea-Projekts in Schleswig-Holstein gestellt.³⁸

DIE LINKE lehnt ebenfalls einstimmig den Gesetzentwurf und die CCS-Technologie grundlegend ab, da die Technologie teuer und ineffizient sei, die Langzeitrisiken nicht überschaubar seien und die Gefahr bestehe, dass der Ausbau der Erneuerbaren Energien durch CCS verhindert werde.³⁹ DIE LINKE hält den vorliegenden Gesetzentwurf für „völlig unausgereift“ und beurteilt CCS als „gefährliche Sackgasse“ und fordert: „Ein CCS-Gesetz, das die Kraftwerksbetreiber nach so kurzer Zeit aus ihrer Verantwortung und aus der Haftung entlässt, darf auf keinen Fall verabschiedet werden.“⁴⁰

³⁵ Europawahlprogramm des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

³⁶ <http://www.ltsh.de/pressticker/2009-01/28/15-54-05-4ebd/>

³⁷ <http://www.gruene-nf.de/ccs/demonstration-vor-dem-landtag-am-mittwoch-17-juni/>

³⁸ <http://www.gruene-nf.de/ccs/gruene-lehnen-co2-lagerung-in-nf-ab/>

³⁹ <http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1222497604>

⁴⁰ http://www.linke-sh.de/politik/schleswig_holstein_news/detail/zurueck/umwelt/artikel/keine-kraftwerksdinosaurier-mit-oder-ohne-ccs-technik/#

4 Fazit

Zusammenfassend ist festzustellen, dass das CCS-Gesetz in der vergangenen Legislaturperiode scheiterte, weil die gesellschaftliche Akzeptanz fehlte. Der Gesetzgebungsprozess ging Vielen zu schnell, als dass eine ausgiebige sachliche Diskussion stattfinden konnte, in der auch die Bürger mit einbezogen wurden. Der Gesetzentwurf ließ nach Meinung der Kritiker zu viele Fragen hinsichtlich der Sicherheit, Deckung, Haftung, Speicherkapazität und Nutzungskonkurrenzen offen bzw. unzureichend geklärt. Die Kontroverse unter den Sachverständigen und die schlechte Informationspolitik der Bundesregierung und der Energieunternehmen sorgten bei der Bevölkerung für Skepsis und Ablehnung gegenüber der neuen Technologie. Sie hatte den Eindruck, dass ihre Ängste und Sorgen hinter den Interessen der Energiekonzerne anstehen müssen. Für Unverständnis sorgten auch, dass das Gesetz bereits die kommerzielle Nutzung regeln will, obwohl noch nicht bekannt ist, ob die Technologie überhaupt großtechnisch funktioniert, und dass die Betreiber bereits nach 30 Jahren aus der Verantwortung und Haftung entlassen werden sollten. Insgesamt ist festzuhalten, dass ein derart gesellschaftlich relevantes und sensibles Thema, das Sicherheit und Eigentum der Bevölkerung betrifft, nach einer breiten öffentlichen Diskussion verlangt. Diese ist unverzichtbar um einen brauchbaren Konsens im Hinblick auf die mögliche Nutzung der CCS-Technologie zu finden.

5 Chronologie zu Genese und Scheitern des CCS-Gesetzes

1	Dez. 2005	IPCC-Sonderbericht über CCS
2	März 2007	Staats- und Regierungschefs stellen Weichen für eine integrierte Energie- und Klimastrategie, sprechen sich für Realisierung von 12 CCS-Demonstrationsprojekten bis 2015 aus, damit CCS möglichst bis 2020 zur Einsatzreife gebracht wird
3	19.09.2007	„Entwicklungsstand und Perspektiven von CCS-Technologien in Deutschland“. Gemeinsamer Bericht des BMWi, BMU und BMBF für das Bundeskabinett
4	Nov. 2007	TAB-Arbeitsbericht zu CCS
5	05.12.2007	Bericht des BMU und BMWi zum Integrierten Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung
6	23.01.2008	EU-Kommission überweist Ausgangsfassung der CCS-Richtlinie gemäß Mitentscheidungsverfahren an europäisches Parlament und Rat
7	12.03.2008	Land Schleswig-Holstein (vertreten durch Umweltminister Dr. Boetticher, Wirtschaftsminister Austermann) und RWE Dea starten Projekt zur Erprobung von CCS. Nordfriesland und Schleswig-Flensburg werden als optimale Standorte genannt.
8	01.07.2008	TAB-Arbeitsbericht zu CCS
9	02.07.2008	Umweltgutachten des Sachverständigenrats, erste Einschätzung zu den Potenzialen, Kosten und Risiken von CCS
10	Okt. 2008	Leitstudie des BMU
11	12.10.2008	Unternehmen Alstom, Babcock Borsig, EnBW, Eon, RWE und Vattenfall haben einen Gesetzentwurf für die CO ₂ -Abscheidung und -Lagerung in Deutschland vorgelegt
12	17.12.2008	Europäisches Parlament verabschiedet CCS-Richtlinie im Rahmen des Energie- und Klimapakets. Damit liegt erstmals ein konkreter rechtlicher Rahmen für die CCS-Technologie vor. Zustimmung des Europ. Rats steht noch aus. Danach muss Umsetzung von den Mitgliedsstaaten in nationales Recht innerhalb von 2 Jahren nach der Veröffentlichung erfolgen.

13	11.01.2009	Kongress der SPD Schleswig-Holstein zur Energiewende, Gastreferenten: Olav Hohmeyer, Herrmann Scheer, beide erteilen CCS eine klare Absage
14	Jan. 2009	Jahresversammlung Grüne Nordfriesland, lehnen CCS ab
15	21.03.2009	SPD-Landesparteitag SH lehnt CCS ab
16	23.01.2009	IZ Klima veranstaltet Kongress "CCS – EIN MUSS FÜR DEN KLIMASCHUTZ. Perspektiven einer technologischen Innovation"
17	12.02.2009	BMU-Konferenz "Neues Denken - neue Energie. Roadmap Energiepolitik 2020"
18	19.02.2009	BMWi und BMU legen gemeinsamen CCS-Gesetzentwurf vor
19	27.2.2009	Wirtschafts- und Umweltverbände sind zu einem kurzfristig anberaumtem Verbände-„Gespräch“/Anhörung zum CCS-Gesetzesentwurf eingeladen
20	03.03.2009	Stellungnahmen vom BUND, Greenpeace, Deutsche Umwelthilfe zum CCS-Gesetzentwurf: Ablehnung
21	01.04.2009	Bundesregierung legt Gesetzentwurf zur Regelung von Abscheidung, Transport und dauerhafter Speicherung von Kohlendioxid („CCS-Gesetz“) vor
22	29.04.2009	RWE und Dea: erste Informationsveranstaltung in Schleswig-Holstein
23	06.05.2009	Kritische Stellungnahme des Sachverständigenrats für Umweltfragen zum CCS-Gesetzentwurf. Plädiert für ein Forschungsgesetz.
24	06.05.2009	CCS-Gesetz in 1. Lesung im Bundestag
25	07.05.2009	Presseinformation der SPD-Landtagsfraktion „Kein CO2-Endlager in Nordfriesland (Drucksache 16/2647)“, Rede von Olaf Schulze
26	15.05.2009	Bundesrat entscheidet über den von der Bundesregierung vorgelegten CCS-Gesetzentwurf, lehnt es ab CCS-Finanzrisiko zu tragen
27	19.05.2009	Gründung der "Bürgerinitiative gegen das CO2-Endlager". Ziel „CO ₂ -Verpressung unter unserer Wohnbebauung hier in dieser Region zu verhindern“
28	25.5.2009	CCS-Anhörung im Bundestag
29	28.05.2009	Brief des Amtes Südtondern an betroffene Gemeinden

30	03.06.2009	Anhörung zu CCS in Husum, Nordfriesland, Referenten: Dahmke (Institut für Geowissenschaften), Matthes (Öko-Institut), Oppermann (Leiter CO ₂ -Projekt RWE Dea), Boehring (Umweltbundesamt), Becker (BUND)
31	03.06.2009	Anhörung wird begleitet von einer Veranstaltung der Bürgerinitiative in Enge-Sande mit dem Klima- und Energieexperten Prof. Hohmeyer (IPCC/Uni FL)
32	10.06.2009	EU-Kommission legt Entwurf zur Kofinanzierung von Demonstrationsprojekten zu CCS und innovativen Energien vor
33	15.06.2009	Koalition einigt sich auf CCS-Gesetz, Einigung stützt sich auf Gesetzentwurf der Regierung und bezieht Einwände des Bundesrates mit ein. Am Freitag soll der Entwurf vom Bundestag verabschiedet werden.
34	15.06.2009	Positionspapier des CDU-Kreisverbandes Nordfriesland zum Thema „CCS in Nordfriesland“. Nein zum RWE-Antrag auf CO ₂ -Speicherung in Nordfriesland und Forderung einer sachlichen Diskussion ohne Druck.
35	15.06.2009	Brief an Carstensen und Merkel von Bürgermeistern aus SH, Bedenken und Ablehnung
36	16.06.2009	Ministerpräsident Carstensen kündigt an, dem CCS-Gesetz im Bundesrat nicht zuzustimmen, CCS-Gesetzentwurf solle zurückgezogen werden, da er massive Akzeptanzprobleme sieht
37	16.06.2009	Ramsauer (CSU) kritisiert CCS-Gesetz (größter Kritikpunkt: Gesetz erlaubt Energieversorgern Vorarbeiten und Sondierungen für unterirdische Speicher ohne Einwilligung von Grundstückseigentümern)
38	17.06.2009	Bündnis90/DIE GRÜNEN rufen zur Protestaktion gegen CCS vor dem Landtag auf. Aktion unterstützt durch Bürgerinitiative "Stoppt das CO ₂ - Endlager", BUND und Bauernverband Nordfriesland
39	24.6.2009	Gesetz zur CO ₂ -Speicherung gescheitert, CDU/CSU haben Beratungen über CCS-Gesetz abgebrochen und Gesetzentwurf von der Tagesordnung des Bundestages genommen, damit hat es vor Ende der Legislaturperiode keine Chance mehr

6 Literatur zur Chronologie

- 1) IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change). 2005. *IPCC special report on carbon dioxide capture and storage*. Prepared by Working Group III of the Intergovernmental Panel on Climate Change. Herausgegeben von B. Metz, O. Davidson, H. C. de Coninck, M. Loos, L. A. Meyer.
<http://www1.ipcc.ch/ipccreports/srccs.htm>
- 2) <http://ec.europa.eu/environment/climat/ccs/>
- 3) „Entwicklungsstand und Perspektiven von CCS-Technologien in Deutschland“
Gemeinsamer Bericht des BMWi, BMU und BMBF
http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/kabinetbericht_ccs.pdf
- 4) <http://www.tab.fzk.de/de/projekt/zusammenfassung/ab120.htm>
- 5) Bericht zur Umsetzung der in der Kabinettsklausur am 23./24.08.2007 in Meseberg beschlossenen Eckpunkte für ein Integriertes Energie- und Klimaprogramm des BMWi und BMU <http://www.bmwi.de/Dateien/BMWi/PDF/gesamtbericht-iekp,property=pdf,bereich=bmwi,sprache=de,rwb=true.pdf>
- 6) Vorschlag für eine RICHTLINIE DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES über die geologische Speicherung von Kohlendioxid und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates sowie der Richtlinien 2000/60/EG, 2001/80/EG, 2004/35/EG, 2006/12/EG und der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006
- 7) <http://www.rwe.com/web/cms/de/53724/rwe-dea/medien/pressemitteilungen/pressemitteilung/?pmid=4002075>
- 8) Bericht des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss) gemäß § 56a der Geschäftsordnung Technikfolgenabschätzung (TA) CO₂-Abscheidung und -Lagerung bei Kraftwerken Sachstandsbericht zum Monitoring „Nachhaltige Energieversorgung“ Drucksache 16/9896
- 9) Umweltgutachten 2008 des Sachverständigenrates für Umweltfragen, Drucksache 16/9990
- 10) „Leitstudie 2008“ Weiterentwicklung der „Ausbaustrategie Erneuerbare Energien“ vor dem Hintergrund der aktuellen Klimaschutzziele Deutschlands und Europas, Untersuchung im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Oktober 2008 Dr. Joachim Nitsch Stuttgart
- 11) http://www.cluster-energietechnik.de/portal/energietechnik_news_detail,,108824,143423,detail.html
- 12) EU-Parlament. 2008. P6-TC1-COD(2008)0015 Standpunkt des Europäischen Parlaments festgelegt in erster Lesung am 17. Dezember 2008 im Hinblick auf den Erlass der Richtlinie 2009/.../EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die geologische Speicherung von Kohlendioxid und zur Änderung der Richtlinien 85/337/EWG und 96/61/EG des Rates sowie der Richtlinien 2000/60/EG, 2001/80/EG, 2004/35/EG, 2006/12/EG und der Verordnung (EG)1013/2006.
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language=DE&type=IM-PRESS&reference=20081216IPR44857>
- 13) <http://www.spd-schleswig-holstein.de/index.php?sp=de&id=78&aid=939>
- 14) <http://www.gruene-nf.de/presse/gruene-zu-ccs-und-neuem-kreisvorstand/>
- 15) http://www.spd-schleswig-holstein.de/docs/1238158282_Beschlusspaket_oLPT2009.pdf

- 16) <http://www.iz-klima.de/presse/detailansicht/article/gabriel-und-grossmann-wollen-ccs-vorantreiben-schellnhuber-betont-klimapolitische-bedeutung-der.html>
<http://www.iz-klima.de/aktuelles/veranstaltungen/ccs-kongress.html>
- 17) Neues Denken - neue Energie. Roadmap Energiepolitik 2020, Bericht BMU
http://www.bmu.de/pressearchiv/16_legislaturperiode/pm/43125.php
- 18) <http://www.bmwi.de/BMWi/Navigation/Presse/pressemitteilungen,did=290508.html>
- 19) http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/klima/CCS-stellungnahme-final.pdf
- 20) Greenpeace Stellungnahme
http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/klima/CCS-stellungnahme-final.pdf
BUND Stellungnahme
http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/pdfs/klima_und_energie/20090304_energie_ccs_gesetz_stellungnahme.pdf
Deutsche Umwelthilfe Stellungnahme
http://www.duh.de/uploads/media/DUH_Stellungnahme_zu_CCS_Gesetzentwurf_01.pdf
- 21) http://www.bmu.de/pressearchiv/16_legislaturperiode/pm/43635.php
- 22) http://www.amt-suedtondern.de/media/custom/1639_612_1.PDF?1244099404
- 23) Abscheidung, Transport und Speicherung von Kohlendioxid
Der Gesetzentwurf der Bundesregierung im Kontext der Energiedebatte, Bericht des Sachverständigenrats für Umweltfragen
http://www.umweltrat.de/DE/Publikationen/Stellungnahmen/stellungnahmen_node.html
- 24) http://www.bmu.de/pressearchiv/16_legislaturperiode/pm/43946.php
- 25) <http://www.ltsh.de/pressticker/2009-05/07/16-50-15-2e72/>
- 26) <http://www.iz-klima.de/aktuelles/newsdetails/article/bundesrat-beraet-ccs-gesetzentwurf.html>
- 27) <http://www.kein-co2-endlager.de/>
- 28) http://www.bundestag.de/presse/hib/2009_05/2009_146/01.html
<http://www.hans-josef-fell.de/cms/content/view/423/1475556/>
http://www2.wodarg.de/uploads/protokoll_zur_oeffentlichen_anhoerung_zu_ccs.pdf
http://www.bundestag.de/presse/hib/2009_05/2009_153/04.html
<http://www.iz-klima.de/aktuelles/newsdetails/article/sachverstaendigenanhoerung-des-bundestages-zu-ccs.html>
- 29) http://www.amt-suedtondern.de/media/custom/1639_610_1.PDF
- 30) <http://www.nordfriesland.de/index.phtml?La=1&sNavID=28.1&mNavID=28.1&object=tx|45.8355.1&sub=0>
- 31) <http://www.kein-co2-endlager.de/fakten-infos.html>
- 32) <http://www.iz-klima.de/aktuelles/newsdetails/article/eu-kommission-legt-entwurf-zur-finanzierung-von-ccs-vor.html>
- 33) <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,630606,00.html>
- 34) <http://www.ingbert-liebing.de/de/Presse/Pressemitteilungen/37/Positionspapier-des-CDU-Kreisverbandes-Nordfriesland-zum-Thema-CCS-in-Nordfriesland/artikel,375,1,1.html>

- 35) http://www.amt-schafflund.de/media/custom/289_39_1.PDF?La=1&object=med%7C289.39.1
- 36) http://www.schleswig-holstein.de/STK/DE/Service/Presse/PI/2009/MP/090616__stk__mp__ccs__gesetz.html
- 37) <http://www.faz.net/s/Rub0E9EEF84AC1E4A389A8DC6C23161FE44/Doc~EBE3BDEB51DC445529BA45E6F7F6ADABE~ATpl~Ecommon~Scontent.html>
- 38) http://www.sh.gruene-par-tei.de/cms/default/dok/290/290721.aufruf_zur_protestaktion_stoppt_das_co2.htm
- 39) <http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518,632374,00.html>
http://www.rp-online.de/nachrichten/CCS-Gesetz-gescheitert_aid_723964.html

... Sie fanden diese Publikation interessant und hilfreich?

Wir stellen unsere Veröffentlichungen zum Selbstkostenpreis zur Verfügung, zum Teil auch unentgeltlich. Für unsere weitere Arbeit sind wir jedoch auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen.

Spendenkonto: 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

Spenden per SMS: Stichwort "Weitblick" an 8 11 90 senden und 5 Euro spenden.

Informationen zur Mitgliedschaft finden Sie auf der Rückseite dieses Hefts. Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Germanwatch

"Hinsehen, Analysieren, Einmischen" – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit sowie den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt des Einsatzes von Germanwatch für eine nachhaltige Entwicklung.

Unseren Zielen wollen wir näher kommen, indem wir uns für die Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels, faire Handelsbeziehungen, einen verantwortlich agierenden Finanzmarkt und die Einhaltung der Menschenrechte stark machen. Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.germanwatch.org oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch Büro Bonn
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch Büro Berlin
Schiffbauerdamm 15, D-10117 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org
Internet: www.germanwatch.org

Bankverbindung / Spendenkonto:
Konto Nr. 32 123 00, BLZ 100 205 00,
Bank für Sozialwirtschaft AG
Spenden per SMS:
Stichwort "Weitblick" an 8 11 90 senden und 5 Euro spenden.



Per Fax an:

+49 (0)30 / 2888 356-1

Oder per Post:

Germanwatch e.V.
Büro Berlin
Schiffbauerdamm 15
D-10117 Berlin

Ja, ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch

Ich werde Fördermitglied zum Monatsbeitrag von €..... (ab 5 €)
Zahlungsweise: jährlich vierteljährlich monatlich

Ich unterstütze die Arbeit von Germanwatch durch eine Spende von
€..... jährlich €..... vierteljährlich €..... monatlich €..... einmalig

Name

Straße

PLZ/Ort

Telefon

E-Mail

Bitte buchen Sie die obige Summe von meinem Konto ab:

Geldinstitut

BLZ

Kontonummer

Unterschrift